

## 15. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

#### **Keine Kürzung der Regionalisierungsmittel - Zuschüsse für den öffentlichen Nahverkehr erhalten**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. im Bundesrat eine Kürzung der Regionalisierungsmittel abzulehnen;
2. zu berichten,
  - wie sich die Regionalisierungsmittel des Bundes für Berlin in den Jahren 1998 bis 2005 entwickelt haben und in welche Strecken und Verkehre diese investiert wurden,
  - wie sich die Pläne der Bundesregierung zur Kürzung der Regionalisierungsmittel in den Jahren 2006 bis 2010 auf Berlin auswirken würde,
  - welche Konsequenzen die Kürzung der Regionalisierungsmittel in der von der Bundesregierung geplanten Dimension für den Nahverkehr im Land im Hinblick auf Fahrpreise sowie Angebotsqualität und -quantität hätte,
  - wie der Senat die aus der Kürzung der Regionalisierungsmittel resultierenden Einsparverpflichtungen umsetzen würde hinsichtlich der Investitionsförderung, der Fahrtenangebot im SPNV und sonstiger Zuschüsse und
  - welche Konsequenzen die Kürzungen für den vom Senat im Jahre 2004 über 15 Jahre laufenden abgeschlossenen S-Bahnvertrag haben würde.
3. dafür Sorge zu tragen, dass die Vergabe von Regionalisierungsmitteln transparent gestaltet und an Leistungskriterien im ÖPNV geknüpft wird.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.

Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

### ***Begründung:***

Die Länder erhalten vom Bund Finanzmittel für die Bestellung von Nahverkehrsleistungen. Diese sogenannten Regionalisierungsmittel wurden 1997 von etwa 8.7 Mrd. auf 12 Mrd. Mark erhöht, gleichzeitig wurden die Mittel aus dem (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) entsprechend gekürzt.

Die Regionalisierungsmittel werden für den Betrieb des Schienenverkehrs, für Infrastrukturmaßnahmen des Schienenverkehrs und für den "allgemeinen ÖPNV" (d.h. Busverkehre) ausgegeben. In den Jahren 2006 und 2007 sollte Berlin fast 400 Millionen Euro dieser Mittel erhalten.

Die große Koalition plant eine Kürzung der Regionalisierungsmittel von derzeit bundesweit knapp sieben Milliarden Euro um jährlich fünf Prozent oder 350 Millionen Euro, obwohl diese eigentlich bis 2007 festgeschrieben waren. Einer veränderten Vereinbarung über die Regionalisierungsmittel müssen die Länder allerdings zustimmen. Eine solche Zustimmung kann Berlin sich nicht leisten.

Davon unabhängig sollte die Vergabe der Regionalisierungsmittel aber transparenter und stärker an nachprüfbaren Leistungskriterien orientiert werden.

Sinkt der Zuschuss, müssen die Länder entweder selbst einen höheren Beitrag leisten, das Angebot einschränken oder die Preise erhöhen. Für Berlin würde dies eine Kürzung von ca. 60 Mio. Euro jährlich nach sich ziehen. Die Kürzungen würden vermutlich ein deutlich schlechteres Angebot von Bus und Bahn zu höheren Preisen bedeuten, und den bisherigen positiven Trend der Fahrgastentwicklung zunichte machen. Es wird befürchtet, dass die Länder in drei Jahren jeden fünften Nahverkehrszug abbestellen müssen. Wegen des hohen Anteils nicht beeinflussbarer Kosten im Schienenpersonennahverkehr wie beispielsweise Fixkosten für Fahrzeuge und Energie führen 10 Prozent weniger Bundeszuweisungen zu 20 Prozent Angebotsreduzierung. Die Bahngewerkschaft warnt, dass durch die Kürzungen bis zu 6.000 Arbeitsplätze in Gefahr wären.

Damit werden weder die Mobilitätsprobleme in Deutschland gelöst noch wird die Umwelt geschützt. Im gleichen Atemzug beabsichtigt die neue Bundesregierung, im Bundeshaushalt Mittel in Milliardenhöhe von der Bahn auf den Neu- und Ausbau von Straßen umzuschichten. In der Konsequenz widerspricht das dem Bekenntnis der neuen Regierung, Klimaschutzziele erreichen sowie Lärmschutz und Luftqualität verbessern zu wollen. Angesichts krankmachender Feinstaub- und Verkehrslärmbelastungen in vielen Städten muss es vielmehr darum gehen, den öffentlichen Verkehr auszubauen und attraktiver zu machen. Die notwendigen Finanzmittel für eine Beibehaltung der Regionalisierungsmittel stellt die Ausweitung der LKW-Maut bereit. CDU und SPD müssen ihre Mitglieder im Europäischen Parlament darin unterstützen, dem Beschluss des Verkehrsausschusses zur notwendigen qualifizierten Mehrheit zu verhelfen.

Die Länder müssen zu mehr Transparenz bei der Geldvergabe verpflichtet werden. Es muss klar und deutlich nachvollziehbar sein, dass die entsprechenden Mittel auch tatsächlich für den öffentlichen Nahverkehr ausgegeben werden. Die Mittelvergabe muss an klare Leistungskriterien geknüpft werden. Ziel muss dabei immer sein, den Anteil von Bus und Bahn am gesamten Verkehrsaufkommen zu steigern. Dabei müssen die Mittel, die Berlin zur Verfügung gestellt werden, gerecht zwischen BVG und S-Bahn aufgeteilt werden, damit keine einseitige Förderung stattfindet, sondern die Maßnahmen mit der höchsten Effizienz für die Fahrgäste gefördert werden können.

Berlin, den 17. Januar 2006

Dr. Klotz Ratzmann Hämmerling  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen